

Frankenberg in der NS-Zeit

Mykola Borovyk

SA-Sturm vor der besetzten Radfahrhalle des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbunds „Solidarität" in Frankenberg, März 1933
Archiv LAG KZ Sachsenburg

Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme unterschied sich Frankenberg in politischer Hinsicht kaum von anderen provinziellen Industriestädten in Sachsen. Die Stadt kämpfte mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, viele lokale Betriebe schlossen, die Arbeitslosigkeit erreichte katastrophale Ausmaße, und die Kassen der Stadt waren leer. Berichte von Stadtratssitzungen 1931 und 1932 spiegeln die generelle gedrückte Stimmung in der Stadt und noch düsterere Erwartungen wider. Die Krise führte zu einer politischen Radikalisierung, von der die extremen Parteien profitierten, indem sie einfache radikale Lösungen anboten und sich als Alternative zu den „bankrotten alten Eliten" und als „Wahl der letzten Hoffnung" positionierten.

Die 1924 gegründete NSDAP-Ortsgruppe blieb lange Zeit eine marginale Organisation ohne nennenswerten Rückhalt in der Wählerschaft der Stadt. Es dauerte sechs Jahre, bis die Nationalsozialisten ihren ersten Wahlerfolg feiern konnten. Bei den Reichstagswahlen erhielt die Partei von mehr als 700 Frankenbergern Unterstützung. Und bei den Wahlen im Juli 1932 wurden die Nationalsozialisten die stärkste Partei der Stadt. Ihr Wahlergebnis in der Stadt lag jedoch weit unter dem Durchschnittsergebnis der NSDAP in Sachsen, das eine der Haupthochburgen der Nationalsozialisten deutschlandweit war. Wie überall in Sachsen entbrannte damals in den Straßen der Stadt der politische Kampf zwischen den Radikalen, den Nationalsozialisten einerseits und vor allem den Kommunisten andererseits. Die Konfrontation eskalierte oft in offener Gewalt – Schlägereien, bewaffneten Zusammenstößen und sogar Morden.

Der Einfluss der Nationalsozialisten in Frankenberg hat sich jedoch im Gegensatz zu vielen anderen sächsischen Städten nie durchgesetzt. Bei den Reichstagswahlen im Oktober 1932 verloren die Nationalsozialisten 443 Wähler und erhielten nur noch 22,8 Prozent der Stimmen. Während sie in Sachsen im Durchschnitt von 43 Prozent der Wählerschaft unterstützt wurden. Bei den Stadtratswahlen, die im November desselben Jahres stattfanden, verlor die NSDAP insgesamt die politische Führung an die SPD.

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler veränderte sich die Situation dramatisch. Mit den Hebeln der Staatsmacht begannen die Nationalsozialisten mit Terror und Repressionen gegen ihre politischen Gegner vorzugehen. Besonders nahm die Verfolgung nach den Reichs-

tagswahlen am 5. März 1933 massiv zu. SA- und SS-Einheiten durchsuchten mit Unterstützung der Polizei die Zentralen linker politischer Parteien, beschlagnahmten Zeitungsredaktionen, Sportvereine und nahmen willkürliche Verhaftungen vor. Der NS-Terminus bezeichnete solche außergerichtlichen Gefangennahmen als „Schutzhaft". Für die Unterbringung von Opfern der willkürlichen Verhaftungen, deren Zahl die Kapazitäten der staatlichen Gefängnisse und Untersuchungsanstalten schnell überstieg, begannen sie neue Haftorte zu schaffen. In den meisten Fällen entstanden solche spontan geschaffenen Haft- und Folterorte in SA-Sturmlokalen, Kasernen, Turnhallen, stillgelegten Fabrikgebäuden und leerstehenden Schlössern. Dort wurden die Inhaftierten gefoltert und misshandelt. In vielen Fällen hatten solche Verfolgungen den Charakter der persönlichen Rache.

In Frankenberg wurden die ersten sechs kommunistischen Funktionäre auf Anordnung des sächsischen Innenministeriums bereits am 4. März 1933 polizeilich festgenommen. In den folgenden Tagen nahmen örtliche SA-Einheiten zusammen mit der Polizei mehr als drei Dutzend Aktivisten linker politischer Parteien fest. Die Verhaftungen erfolgten unter der Leitung des NSDAP-Ortsgruppenführers Erhart Weichelt. Die große Mehrheit der Festgenommenen war damals im Amtsgerichtsgefängnis in Frankenberg untergebracht. Weitere Arrestzellen befanden sich in den SA-Wachlokalen der Wettiner Kaserne. Ein anschauliches Beispiel für diese Art von Repressionen war das Schicksal eines Frankenberger Gewerkschaftsaktivisten und führenden Sozialdemokraten Hermann Fischer. Er wurde bereits am 9. März 1933 erstmals verhaftet und kurze Zeit später entlassen. Doch schon am 2. Mai wurde Fischer erneut festgenommen und im Wachlokal inhaftiert. Dort wurde er brutal misshandelt und nach acht Tagen Haft erhängt in seiner Zelle aufgefunden.

Im Laufe der Zeit begannen jedoch die NS-Behörden, diese Welle politischer Gewalt in kontrollierte Bahnen zu lenken. Kleine improvisierte Haft- und Folterorte sollten geschlossen und Häftlinge, die nicht entlassen wurden, in größere, vom NS-Staat überwachten Einrichtungen überführt werden. Das sächsische Landeskriminalamt regte damals an, ein „großes Konzentrationslager bzw. Arbeitsdienstlager für den Raum Chemnitz" zu schaffen. Die endgültige Entscheidung, ein „Schutzhaftlager" für mehr als 2.000 Schutzhäftlinge mit 100 Mann Bewachung auf dem Gelände der stillgelegten Spinnerei Sachsenburg nahe der Stadt Frankenberg zu errichten, wurde am 12. April 1933 getroffen. Wie viele andere Unternehmen in der Region hatte diese Fabrik die Weltwirtschaftskrise nicht überstanden und war Anfang 1930 geschlossen worden. Mehr als 250 Arbeiter verloren damals ihren Arbeitsplatz. Die neueste Ausrüstung der Spinnerei war verkauft worden und das Fabrikgebäude stand lange Zeit leer. Ende April 1933 wurde die Fabrik durch die damalige Eigentümerin der Firma Textillia Herold „für die Errichtung eines Schutzhaftlagers" dem sächsischen Staat unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Die ersten Arbeitskommandos der Schutzhäftlinge, die ab dem 2. Mai 1933 mit dem Ausbau der Fabrik für die Unterbringung der Häftlinge begannen, kamen aus dem Konzentrationslager Plaue bei Flöha sowie aus den Polizeigefängnissen und aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Chemnitz. Vorübergehend wurden sowohl die Häftlinge, die das Lager errichten sollten, als auch die SA-Wachmannschaften im Schloss Sachsenburg untergebracht. Der Umzug des Lagers in das Gebäude der Spinnerei erfolgte vermutlich am 15. Mai 1933. Am 2. Juni wurde laut einem Häftlingserinnerungsbericht der erste Lagerappell abgehalten. Dieses Datum gilt als „offizielle Einweihung" des Lagers durch die NS-Funktionäre.

Das Lager in Sachsenburg unterstand zu dieser Zeit dem Sächsischen Ministerium des Inneren, wobei das Landeskriminalamt die Oberaufsicht führte. Die wirtschaftliche Betreuung des Lagers wurde durch die Amtshauptmannschaft Flöha durchgeführt. Offiziell wurde das Lager in Sachsenburg zunächst als Arbeitsdienstlager und ab August 1933 als Schutzhaftlager bezeichnet. Parallel dazu hat man dieses Lager, wie andere ähnliche Einrichtungen auch, sowohl informell als auch im offiziellen Schriftverkehr als Konzentrationslager bezeichnet. Seit seiner Gründung nahm das Konzentrationslager Sachsenburg eine zentrale Position im Netzwerk der politischen Haftorte in Sachsen ein. Mit der planmäßigen Auflösung der umliegenden, kleineren Lager kamen die Häftlinge der Lager nach Sachsenburg. Von November 1934 bis zu seiner Auflösung im Sommer 1937 war Sachsenburg das einzige Konzentrationslager in Sachsen.

Obwohl das Lager in einiger Entfernung von Frankenberg/Sa. lag, war seine Präsenz in der Stadt immer spürbar. Insbesondere war das Lager wirtschaftlich zunehmend präsent. Viele lokale Firmen profitierten von der Lieferung von Lebensmitteln oder Waren für das Lager oder von der Erfüllung anderer Aufträge. Lokale Unternehmen und Bau-

SA-Wachkommando im Konzentrationslager Sachsenburg
Archiv LAG KZ Sachsenburg





Frankenberg, Heldengedenktag 1935
Stadtarchiv Frankenberg/Sa.

ern aus den umliegenden Ortschaften wetteiferten um die Möglichkeit, Bestellungen aus dem Lager zu erhalten. Oft appellierten sie dabei an ihre Verdienste um die nationalsozialistische Sache. Die Zwangsarbeit der Gefangenen wurde auch verwendet, um verschiedene Arbeiten in und um die Stadt auszuführen. Sie waren beteiligt am Bau einer Siedlung für SA-Angehörige im Stadtteil Lützelhöhe, bauten Straßen, arbeiteten an der Fluss- und Bachregulierung, verrichteten andere schwere Arbeiten. Die Ausmärsche der Häftlingsarbeitskommandos aus dem Lager, als sie gezwungen wurden, in Formationen und mit Liedern zu marschieren, wurde zu einem völlig neuen Phänomen im Leben der städtischen Gemeinschaft.
Generell veränderte sich die Stadt unter der Herrschaft der Nationalsozialisten nicht nur politisch (Oppositionsparteien wurden verboten und ihre Vertreter aus dem Stadtrat ausgeschlossen), sondern auch visuell. Die neuen Herrscher änderten die Namen der Straßen – schon im März 1933 erscheinen in Frankenberg eine Adolf-Hitler- und eine Horst-Wessel-Straße. Darüber hinaus wurde die Stadt von Jahr zu Jahr immer uniformierter. Die Uniformen der SA-Angehörigen, nicht nur aus Frankenberg, sondern auch aus dem benachbarten Chemnitz und Flöha, deren SA-Einheiten regelmäßig durch die Straßen von Frankenberg marschierten, wurden später durch die Uniformen von SS-Wachtruppen ergänzt, die seit 1934 die Überwachung des Lagers Sachsenburg übernahmen.1934 kehrten auch Reichswehr bzw. Wehrmachtseinheiten in die Stadt zurück und besetzten die Wettiner Kaserne erneut. Und mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde der Mensch in Uniform zum dominierenden Element der visuellen Stadtlandschaft.
Immer mehr militarisiert sahen auch die von den Nationalsozialisten organisierten Massenveranstaltungen aus, die auch häufiger und massiver wurden. Der Tag der Arbeit am 1. Mai, Erntedankfest, Heldengedenktag, die in der Zeit des Bestehens des KZ Sachsenburg immer mit der Beteiligung der Lagerwachtruppen durchgeführt wurden, sollten die Einheit der „Volksgemeinschaft“ und die Erfolge der nationalsozialistischen Regierung inszenieren. Solche Veranstaltungen wurden jedoch nicht von allen Einwohner immer echt enthusiastisch aufgenommen. Ein Beispiel dafür ist das Schicksal des Bauern Kurt Helmut Schubart. Er weigerte sich, seine Pferde für die Prozession zum Erntedankfest zur Verfügung zu stellen und fand sich im Lager Sachsenburg wieder. Dort wurde er am 11. November 1933 vermutlich von SA-Wachmänner getötet, sein Tod wurde jedoch als Selbstmord dargestellt.
Da das Lager vor allem im ersten Jahr seines Bestehens nicht vollständig von der Außenwelt abgeschnitten war – bis Herbst 1934 durften Angehörige die Häftlinge im Lager besuchen – mussten solche Geschichten zu den Bewohnern der Stadt gelangen. Dadurch erfüllte das Lager seine indirekte repressive Funktion. Seine bloße Existenz beeinflusste, was Menschen als normal erachteten und wie sie sich verhielten. Die Konzentrationslager schufen eine völlig neue Wahrnehmung von Gewalt und von der Zulässigkeit staatlicher Eingriffe. Das bloße Vorhandensein derartiger Orte schüchterte die Gesellschaft ein: Auch wer selbst nicht unmittelbar von Repression betroffen war, zog es angesichts des Schicksals der Gefangenen vor, fortan zu schweigen. Andere identifizierten sich mit der absoluten Macht, die das Lagerregime repräsentierte und mit den Gewalttaten, die angeblich im Interesse der Mehrheit begangen wurde.
Es ist auch wichtig zu beachten, dass sowohl die meisten Häftlinge als auch die Wachmannschaften aus der unmittelbaren Umgebung kamen, gehörten den gleichen sozialen Schichten an und kannten einander häufig zuvor. Außerhalb des Lagers konnten ihre Familien zudem in der gleichen Nachbarschaft leben. Dies führte dazu, dass der Terror und die Folgen der Ausgrenzung Andersdenkender immer mehr Teil des Alltags der Stadtgemeinde wurden.



Neues Tor zum Konzentrationslager Sachsenburg mit Wache und Kommandanturgebäude
aus: Günter Morsch (Hrsg.): From Sachsenburg to Sachsenhausen. Pictures from the photograph album of a concentration camp commandant, Berlin 2007, S. 218

Die Haftbedingungen im Lager waren im ersten Jahr seines Bestehens vor allem von dem ersten Lagerleiter Max Hähnel geprägt, der zuvor Standartenführer der Flöhaer SA-Standarte 182 gewesen war. Als Obersteuersekretär im Finanzamt Zschopau wurde Hähnel eigens für die Lagerführung von seiner Stelle beurlaubt. Obwohl die frühen Konzentrationslager von Anfang an vor allem dazu dienten, politische Opposition durch physische und psychische Gewalt einzuschüchtern, wurden sie aber offiziell als Einrichtungen zur „Umerziehung" der Menschen präsentiert, die „durch marxistische Verhetzung in der Vergangenheit sittlich verwildert" worden seien. Hähnel nahm offensichtlich das Konzept der „Umerziehung" wörtlich und glaubte, er könne durch eine demonstrativ „menschliche" und „gerechte" Haltung gegenüber den Häftlingen loyale Bürger für den neuen Staat und neue Mitglieder der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" gewinnen. Deswegen waren nach Ansicht einiger Häftlinge die Haftbedingungen in Sachsenburg zu dieser Zeit im Vergleich zu den anderen ähnlichen Einrichtungen im Allgemeinen relativ mild.

Gleichzeitig teilten die SA-Wachmannschaften nicht immer die Position des Lagerleiters und befolgten nicht immer seine Anweisungen. Misshandlungen und moralischer Terror seitens der Wachmänner waren ein fester Bestandteil des Lebens der Häftlinge. Ein weiteres Mittel moralischen Drucks war der Entzug des persönlichen Raums. Die Häftlinge waren in den Produktionshallen der Fabrik, die mit dreistöckigen Kojen ausgebaut wurden, untergebracht. In jedem der Säle konnten gleichzeitig bis zu 600 Häftlinge untergebracht werden. Auch die sanitären Einrichtungen waren für so viele Menschen völlig unzureichend. Neben dem Entzug des Rechts auf Privatsphäre war die Ungewissheit über die Zeit, die die Häftlinge im Lager verbringen mussten, besonders moralisch belastend. Die Gefangenen im Lager wurden ohne Einhaltung gesetzlicher Verfahren inhaftiert, standen unter der vollen Macht ihrer Folterer, und die Dauer ihres Aufenthalts im Lager war nicht festgelegt.

Die Situation in dem Lager wurde noch schlechter, als das Lager der SS unterstellt wurde. In Folge der sogenannten Röhm-Aktion wurde auch Hähnel verhaftet und die Wachmannschaft der SA wurde abgezogen. Die offizielle Übernahme durch das SS-Sonderkommando Sachsen erfolgte am 13. August 1934. Unmittelbar danach wurde das Lager durch den Inspekteur der Konzentrationslager Theodor Eicke reorganisiert. Im September 1934 wurde die Aufsicht über KZ Sachsenburg den sächsischen Behörden entzogen und das Lager der ausschließlichen SS-Verwaltung unterstellt. Die Übernahme bedeutete unter anderem die Anwendung der „Dachauer Lagerordnung" und die Einführung einer einheitlichen Organisationsstruktur für alle Lager, bestehend aus fünf Abteilungen: Kommandantur, Politische Abteilung (Lagergestapo), Schutzhaftlager, Verwaltung, Lager- oder Standortarzt sowie Wachtruppe. Allerdings handelte es sich hier weniger um eine organisatorische Neuordnung, sondern mehr um eine Machterweiterung der SS.

Der Wechsel des Lagers zur SS hatte drastische Auswirkungen auf die Haftbedingungen: die Besuchszeiten wurden aufgehoben, die Lebensmittelsendungen verboten, die Arbeitszeiten verlängert. Auch die Disziplinarmaßnahmen wurden verschärft. Zur Anwendung kamen die sogenannten Hausstrafen, wie bis zu 42 Tage Haft im Bunker, in der Dunkelzelle oder das Krummschließen in der Zelle. Ab dem 1. April 1935 wurde die Prügelstrafe offiziell eingeführt. Laut dem Bericht des Häftlings Hugo Gräf starben von August 1934 bis Ende 1935 20 Häftlinge durch Folter und 350 erlitten schwere Körperverletzungen. Außerdem versuchten in dieser Zeit 35 Gefangene, sich das Leben zu nehmen.

Um Fluchten zu verhindern, ließ die Lagerleitung die Häftlinge ständig bewachen und das gesamte Gelände der Fabrik von der Außenwelt noch stärker abschotten. Ende 1936 war das Lager mit Wachtürmen und einem zweieinhalb Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben, der unter Strom stand und an dem sich alle 40 Meter ein Wachposten befand. Für Widerstand und Selbstbehauptung ließen die Haftbedingungen sehr wenig Raum. Es ist aber bekannt, dass sich viele Häftlinge zumindest durch Manifestationen gegenseitiger Unterstützung oder durch kleine Gesten bemühten, den Protest gegen das im Lager etablierte System der Willkür und Gewalt zu äußern.

Eine besondere Spezifik des KZ Sachsenburg unter der SS-Kontrolle liegt darin, dass die militärische Ausbildung der Wachmannschaften von Anfang an eine besondere Rolle spielte. Während bis August 1934 die Stärke der SA-Wachmannschaften im Lager nie mehr als 250 Personen betrug, war diese Zahl bis Januar 1935 auf 380 Wachleute gestiegen und hat sich ein weiteres Jahr später nochmals nahezu verdoppelt. Ab dem 1. April 1936 stabilisierte sich die Zahl auf rund 500 Wachleute. Zuweilen überstieg die Anzahl der im Lager stationierten Wachmannschaften die Anzahl der Häftlinge.

Von Anfang an wurden die SS-Wachmannschaften zu einem wichtigen Bestandteil der lokalen Gesellschaft Frankenbergs. Sie waren gern gesehene Gäste bei Theateraufführungen und Tanzabenden, und der Musikzug der SS-Wachtruppen aus dem Lager nahm regelmäßig an Straßenmassenveranstaltungen teil. Die im Archiv erhaltenen SS-Wachtruppenbefehle zeigen jedoch, dass die Kommunikation zwischen SS-Angehörigen und lokalen Anwohnern nicht immer konfliktfrei war. Diese Dokumente enthalten Berichte über Verzögerungen bei der militärischen Begrüßung der SS durch Polizei- oder Wehrmachtssoldaten, Verbote für SS-Wachmänner bestimmte Lokale zu besuchen, deren Besitzer gegenüber SS-Angehörigen nicht genug freundlich eingestellt waren, und Konflikte mit den Eltern junger Mädchen, die

Beziehungen zu SS-Wachmännern hatten. Gleichzeitig sahen solche Konflikte nie nach politischem Protest aus, sondern eher als persönlicher Streit oder als Kampf um Prestige.

Die Häftlingszahlen schwankten während der Zeit des Bestehens des Lagers in Sachsenburg stark. Der erste Höhepunkt erreichte die Zahl der Gefangenen im Sommer/Herbst 1933. So waren in Sachsenburg Ende August 1933 bereits 1.380 Menschen inhaftiert. Im September 1934 zählte das Lager jedoch nur maximal 181 Inhaftierte. Im Oktober/November 1935 folgte ein neuer Anstieg auf 1.400 Insassen, vor allem aufgrund der von Heinrich Himmler angeordneten sogenannten „Präventivmaßnahmen" gegen Kommunisten und „übrige marxistische Staatsgegner". Anschließend sanken die Zahlen bis Juni 1936 wieder auf 463, um dann wieder anzusteigen. Bei der Auflösung des Lagers im Sommer 1937 zählte man etwa 700 Häftlinge. Die genaue Zahl von Häftlingen, die seit seiner Gründung im KZ Sachsenburg inhaftiert waren, ist unbekannt. Sie kann jedoch auf etwa 10.000 geschätzt werden. Bislang sind von ihnen 7.200 namentlich bekannt.

Die Zusammensetzung der Häftlinge in Sachsenburg verbreiterte sich hinsichtlich ihrer regionalen und sozialen Herkunft. Man findet unter Inhaftierten vor allem Arbeiter, aber auch ehemalige Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte, Pfarrer beider Konfessionen, Ärzte, Kaufleute, Handwerker und Bauern. In regionaler Hinsicht bestand die Häftlingsgesellschaft des Lagers in den ersten Jahren seines Bestehens fast ausschließlich aus Schutzhäftlingen aus der unmittelbaren Umgebung oder aus Sachsen. In den Jahren 1935/36, als im ganzen Reich nur sechs Konzentrationslager existierten, erlangte Sachsenburg gesamtdeutsche Bedeutung. Die regionale Herkunft der Gefangenen erweiterte sich erheblich. Nun kamen vermehrt Häftlinge aus Berlin und aus dem heutigen Nordrhein-Westfalen. Selbst ausländische Staatsbürger wurden hier interniert.

Diese Schwankungen in der Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft spiegeln die Richtungsänderungen der nationalsozialistischen Repressionspolitik und die Haupttrends in der Entwicklung des nationalsozialistischen KZ-Lagersystems der Vorkriegszeit wider. Da die Funktion der frühen Konzentrationslager in erster Linie die Ausschaltung der inneren Opposition war, bestand die überwiegende Mehrheit der Inhaftierten, insbesondere in der ersten Phase des Lagers, aus politischen Häftlingen. Dies waren hauptsächlich Funktionäre und einfache Mitglieder linker politischer Parteien, in erster Linie Kommunisten. Von den Häftlingen, deren Personaldaten bisher erfasst wurden, stammten ca. 55 Prozent aus dem kommunistischen Umfeld und von diesen mehrheitlich direkt aus der KPD. Hierzu gehörten der reichsweit bekannte KPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Gräf und die später berühmten Schriftsteller Bruno Apitz und Walter Janka.

Als zweitgrößte Gruppe der Häftlingsgesellschaft rangierte deutlich hinter den Kommunisten die Gruppe der Sozialdemokraten und Sozialisten. Zu den bekanntesten im KZ Sachsenburg inhaftierten Sozialdemokraten zählten der Chemnitzer SPD-Reichstagsabgeordnete Bernhard Kuhnt und der Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Otto Nebrig. Von November 1935 bis August 1936 wurde in Sachsenburg auch der Jugendleiter der Chemnitzer SPD und der spätere SED-Funktionär Erich Mückenberger inhaftiert.

Die dritte große Gruppe der politischen Häftlinge in Sachsenburg bildeten Funktionäre der durch Nationalsozialisten zerschlagenen freien Gewerkschaften. Prominenteste Mitglieder waren hier der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), Alwin Brandes, und der Bezirksleiter des Verbandes in Sachsen, Richard Teichgräber.

Ab 1935 wandelten sich die Konzentrationslager zunehmend von einem Mittel zur Unterdrückung der politischen Opposition in ein Instrument, mit dem die Nationalsozialisten die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umformen wollten. Neue Opfergruppen gerieten jetzt in den Blick, und dementsprechend änderte sich die Zusammensetzung der Häftlinge im Lager Sachsenburg. Politische Gründe blieben die Hauptursache für die Inhaftierung. Die größten neuen Gruppen der politischen Häftlinge waren Geistliche der beiden Konfessionen, vor allem aber die Zeugen Jehovas, die bis zu zehn Prozent der Lagerhäftlingsgemeinschaft bildeten.

Gleichzeitig wurde hier eine wachsende Zahl von Menschen eingeliefert, die aufgrund sozialer oder rassistischer Merkmale aus der NS-„Volksgemeinschaft" ausgeschlossen werden sollten. Die neuen Häftlingsgruppen, die nach Sachsenburg kamen, umfassten Homosexuelle sowie „Kriminelle" und „Asoziale", deren Anteil an der Häftlingsgesellschaft sich in den letzten Monaten der Lagerexistenz besonders bemerkbar machte. Eine ganz besondere Häftlingsgruppe, die am stärksten verfolgt wurde, waren Juden. Die Häftlinge jüdischer Herkunft, die zuerst wegen ihrer Zugehörigkeit zu politischen Organisationen in Haft genommen worden waren, wurden in den späteren Jahren des Bestehens des Lagers immer mehr Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Unabhängig von den formellen Gründen ihrer Verhaftung wurden die jüdischen Häftlinge von der SA, erst recht später von der SS, als Juden und damit deutlich schlechter als andere Häftlingsgruppen behandelt.

Die ersten bekannten antijüdischen Maßnahmen in Frankenberg wurden durch die NSDAP-Fraktion in dem Stadtrat schon im März 1933 initiiert. Damals ging es über das Verbot, jegliche städtische Aufträge an die jüdischen Unternehmer zu übergeben. Damals hatte diese Initiative jedoch keine offiziellen Folgen. Es ist auch bekannt, dass im Laufe der Nazi-Machtergreifung in Frankenberg Anfang März 1933 zusammen mit den Aktivisten der linken politischen Parteien auch den Geschäftsführer des Kaufhauses Schocken, Riesenfeld, der jüdischer Herkunft war, festgenommen und von den lokalen SA-Leuten bestialisch misshandelt worden ist.

Die nächsten bekannten Aktionen fanden im August 1935 in Frankenberg statt. Die erste Initiative kam

„von unten" – von den Herausgebern der Lokalzeitung „Frankenberger Tageblatt", die ankündigten, keine kommerziellen Anzeigen für jüdische Unternehmer zu veröffentlichen. Die Initiative der Zeitung wurde vom Bürgermeister Weichelt unterstützt. Bei einer Sitzung des Stadtrates am 19. August 1935 wurde ein Erlass verabschiedet, der jegliche Finanzierung aus dem Stadthaushalt für diejenigen verbot, die jüdische Ärzte besuchten, in jüdischen Geschäften einkauften oder Juden auf andere Weise unterstützten. In Korrespondenz an der zuständigen Amtshauptmannschaft teilte der Bürgermeister mit, dass diese Maßnahmen bei den Einwohnern der Stadt sehr gut ankamen und erfolgreich waren. Gemessen daran, dass bei Nichtbeachtung des Erlasses mit diversen Strafen bis hin zur Kündigung gerechnet werden musste, war diese Begeisterung damals noch nicht einstimmig. Wenige Tage nach dem Erlass wurde versucht, Besucher zu registrieren, die Kaufhaus Schocken besuchten, das im Eigentum jüdischer Unternehmer war. Der Versuch löste einen spontanen Protest von etwa 250 Menschen aus, das sich vor dem Kaufhaus versammelten. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst. Das Kaufhaus blieb noch mehrere Jahre in Betrieb. Es ist bekannt, dass dieses Geschäft während des Novemberpogroms 1938 das Hauptziel der Randalierer in Frankenberg war. Im gleichen Jahr wurde das Unternehmen „arisiert".

Die Auflösung des KZ Sachsenburg wurde aufgrund der unzureichenden Erweiterungsmöglichkeiten beschlossen. Die Zukunft des nationalsozialistischen Lagersystems bildeten große Lager, die aus eigens errichteten Baracken bestanden. Das neue, wesentlich größere Konzentrationslager Buchenwald, das später in der Nähe von Weimar errichtet wurde, sollte auch die Lager Sachsenburg und Lichtenburg bei Prettin (damals Provinz Sachsen) ersetzen. Für den Bau des KZ Buchenwald wurde ein Teil der Häftlinge sowie die Ausrüstung aus Sachsenburg dorthin verlegt. Die offizielle Auflösung des KZ Sachsenburg erfolgte am 12. Juli 1937. Die Überführung der Häftlinge und Geräte nach Buchenwald zog sich jedoch länger hin. Die letzten Häftlinge verließen Sachsenburg erst am 9. September 1937.

Nach der Auflösung des Lagers wurde die Fabrik an einen Kaufmann aus Chemnitz verkauft. Bis Kriegsende wurde sie als eine Zwirnerei betrieben. Der neue Eigentümer baute die Fabrik zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb aus, der die Sorge der nationalsozialistischen Regierung um die Arbeiter und die Vorteile der NS-Lebensweise demonstrieren sollte. Für die Fabrikarbeiter wurden ein Freibad und ein modernes Ledigenhaus gebaut. Ein großer Teil des Fabrikgeländes wurde als ein gemütlicher Park angelegt. Während des Krieges erhielt das Unternehmen Gewinne aus Rüstungsaufträgen. Die Fabrik beschäftigte, wie die überwiegende Mehrheit der anderen Frankenberger Unternehmen, viele ausländische Arbeitskräfte, darunter auch Zwangsarbeiter aus der ehemaligen Sowjetunion, meist aus der Ukraine. Die Fabrik war bis April 1945 in Betrieb, als ihr Gebäude durch Artilleriefeuer der US-Armee beschädigt wurde.



750-Jahrfeier Frankenbergs 1938
Stadtarchiv Frankenberg/Sa.

Kurz darauf, am 7. Mai 1945, wurde Frankenberg zunächst von den sowjetischen und später von den amerikanischen Armeen besetzt. Für viele, wenn nicht für die allermeisten Frankenberger, war dieser Ausgang des Krieges eine echte Demütigung und ein Schock. Für viele war das Kriegsende jedoch auch eine Erleichterung. Obwohl die Stadt wenig unter feindlichen Angriffen gelitten hatte und kaum bombardiert worden war, bedeuteten die ständigen Fliegeralarme der letzten Kriegsmonaten, dass die Stadtbewohner einen Großteil ihrer Zeit in Luftschutzbunkern verbringen mussten. Auch die Lebensbedingungen hatten sich deutlich verschlechtert. Damals hielten sich viele Flüchtlinge in der Stadt auf – Deutsche aus Osteuropa, die vor der herannahenden sowjetischen Armee flohen, sowie Bewohner von Großstädten, die durch Bombenangriffe der Alliierten ihr Zuhause verloren hatten. Die überwiegende Mehrheit von ihnen wurde in den Häusern untergebracht. Auf 14.000 Einwohner Frankenbergs kamen 12.000 Flüchtlinge, abgesehen von denen, die in provisorischen Lagern untergebracht wurden. Auch die Ernährungssicherung wurde mit der Zeit immer schwieriger, obwohl das Kartensystem der Normalverteilung bis zur deutschen Kapitulation recht gut funktionierte.

Der Einmarsch der Sowjetarmee in Frankenberg war, anders als in vielen anderen deutschen Städten, nicht von Massengewalt gegen die Anwohner begleitet. Auch in Frankenberg gab es damals mehrere Lazarette, in denen Hunderte verwundete Wehrmachtssoldaten behandelt wurden. Nach dem Eintreffen der alliierten Truppen wurden die Lazarette weiter betrieben. Wie der Krieg noch lange seine Opfer sammelte, zeigt der Frankenberger Stadtfriedhof, der noch heute Gedenktafeln mit Todesdaten deutscher Soldaten trägt, die weit über die Kriegszeit hinausgehen.

Die ersten Versuche, das Gelände der Spinnerei Sachsenburg als einen Ort der Erinnerung an das ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager zu kennzeichnen und seiner Opfer zu gedenken, fanden bereits in den ersten Monaten nach dem Kriegsende statt. Schon 1945 wurde die erste Gedenktafel zur Erinnerung an zwei Kommunisten, die



Erich Mückenberger spricht zur Einweihung des Denkmals in Sachsenburg, 7. September 1968
Freie Presse vom 11. September 1968

im KZ Sachsenburg ermordet worden waren, an der ehemaligen Spinnerei angebracht. Danach fanden jedoch lange Zeit offenbar keine derartigen Ereignisse in Sachsenburg statt.

In den 1950er Jahren wurde der Antifaschismus als Staatsdoktrin und führende Legitimationsideologie des SED-Systems etabliert. Der Höhepunkt dieser Politik war die Eröffnung der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten" in Buchenwald (1958), Ravensbrück (1959) und Sachsenhausen (1961). Eine Manifestation dieser Politik auf lokaler Ebene war die Eröffnung des ersten „Ehrenmals für die Opfer des Faschismus" auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg im September 1957. Nach etwas mehr als zehn Jahren, im September 1968, wurde das erste Ehrenmal durch ein neues Mahnmal ersetzt, das bis heute erhalten ist.

Im November 1974 wurde auch ein Traditionskabinett – das „Gedenkzimmer für die antifaschistischen Widerstandskämpfer des ehemaligen KZ Sachsenburg" – im Gebäude der ehemaligen Spinnerei (damals VEB Zwirnerei Sachsenburg) eingerichtet. Ein Lehrer der örtlichen Schule und Mitglied der Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Hainichen, Gottfried Weber, hatte die ehrenamtliche Leitung der Gedenkstätte bis 1989 inne. Die große Mehrheit der Besucher des Gedenkraums waren Teilnehmer verschiedener Pflichtveranstaltungen, insbesondere Schülerklassen und FDJ-Gruppen. Bis 1989 besuchten etwa 135.000 Menschen die Gedenkstätte.

1990 stellte die Fabrik ihre Produktion ein. Auch der Gedenkraum wurde geschlossen. Viele frühere DDR-Bürger haben solche Erinnerungsorte vor allem als Teile der kommunistischen Propaganda wahrgenommen. Nun wurde daher von manchen sogar bezweifelt, dass es sich bei dem Lager tatsächlich um ein KZ gehandelt habe. Die Initiative zur Wiedereinrichtung einer KZ-Gedenkstätte in Sachsenburg wurde seitdem lange Zeit vor allem von ehemaligen Häftlingen gefördert. Doch erst als sich Anfang der 2000er Jahre das Spektrum der gesellschaftlichen Initiativen, die das Projekt unterstützen, erweiterte und auch institutionelle Akteure einbezogen wurden, nahm das Projekt an Fahrt auf. Im Dezember 2005 fasste der Stadtrat Frankenbergs einen ersten Beschluss zur Gestaltung der Gedenkstätte KZ Sachsenburg. Seitdem stand dieses Thema sechsmal auf der Tagesordnung des Stadtrates. Während dieser Zeit wurde die Liegenschaft mit den Gebäuden der ehemaligen Kommandantur und der Kommandantenvilla für die Errichtung der Gedenkstätte erworben. Am 16. Dezember 2012 nahm der Sächsische Landtag die geplante Gedenkstätte KZ Sachsenburg in den Kreis der Institutionen auf, die laut Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz institutionell von der Stiftung Sächsische Gedenkstätte im Auftrag des Landes gefördert werden.

Diese Fortschritte wären ohne die Aktivitäten neuer gesellschaftlicher Initiativen vor Ort nicht möglich gewesen. 2009 gründeten Bürger aus Frankenberg, Chemnitz und Umgebung die „Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg" (LAG). Die Gründung der LAG markierte den Übergang der Erinnerungsarbeit von den Zeitzeugen zu der nachfolgenden Generation. Der jüngste gesellschaftliche Akteur ist die „Initiative Klick", die 2010 gegründet wurde und maßgeblich von Anna Schüller getragen wird. Ihre Teilnehmer haben die Idee des Gedenkprojektes und die Vermittlung des Wissens über die Geschichte des KZ Sachsenburg für ein breites Publikum wesentlich vorangetrieben und pädagogische Formate entwickelt. Im Mai 2018 gründeten sie den gemeinnützigen Verein „Geschichtswerkstatt Sachsenburg".

Die Interaktion zwischen der Stadt und den gesellschaftlichen Initiativen verlief nicht immer reibungslos. Die Kontroversen entzündeten sich insbesondere daran, welchen Umfang die geplante Gedenkstätte einnehmen und wie schnell sie entstehen sollte. Die Initiativen waren der Ansicht, dass das Tempo des Projektfortschritts nicht ausreichte. 2018 stellte die Stadt Frankenberg einen Antrag auf Projektförderung nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Grundlage des Antrags war das Konzept der Gedenkstätte, das im Auftrag der Stadt von Anna Schüller vorbereitet wurde. Dieser Antrag wurde abgelehnt, jedoch mit der Empfehlung versehen, nach der fachlichen Überarbeitung des Konzepts einen zweiten Antrag zu stellen. 2021 erarbeitete die Stadt Frankenberg ein neues Konzept der Gedenkstätte, auf dessen Grundlage ein neuer Antrag auf die Bundesgedenkstättenförderung gestellt wurde. Dieser Antrag wurde von der BKM weitestgehend bewilligt, und nun steht die Stadt vor der Aufgabe, weitere praktische Schritte zur Realisierung des Projektes umzusetzen. Nach diesem Konzept soll die Hauptausstellung der Gedenkstätte im Gebäude der ehemaligen Kommandantur des Lagers untergebracht werden. Zum Gebäudekomplex der Gedenkstätte gehören auch die Baureste der Kommandantenvilla, die laut Projekt teilweise erhalten und musealisiert werden sollen. Bei erfolgreicher Umsetzung ist die Eröffnung der Gedenkstätte für 2024 geplant.

Autor
Dr. Mykola Borovyk
m.borovyk@frankenberg-sachsen.de